Calwer Tagblatt

Nr. 89. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Mittwoch den 16. April 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 2.85 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortsverkehr Mk. 2.75, im Fernverkehr Mk. 2.85, Bestellgeld 30 Pfg.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Die Friedensaussichten.

Amsterdam, 15. April. Dem „Allgemeen Handelsblad" wird aus Paris gemeldet, daß man dort der Ansicht sei, daß die Unterzeichnung des Präliminarfriedens nach Verhandlungen von ein bis drei Wochen stattfinden könne.

Paris, 15. April. Präsident Wilson hat laut Bericht eines „Temps"-Vertreters geäußert, er habe Hoffnung, daß die verwickelten Fragen nunmehr gelöst werden würden. Eine befriedigende Lösung werde unter Umständen bald zu erzielen sein.

Der Verband pfälzischer Industrieller für das Reich.

(WTB.) **Neustadt a. d. H.**, 14. April. Der Verband pfälzischer Industrieller nahm in seiner Mitgliederversammlung folgende Erklärung an: Zur Abwehr der gerade in den letzten Wochen stark hervorgetretenen Bestrebungen, linksrheinische Gebiete in irgend einer Form vom Deutschen Reiche abzutrennen, erklärt der Verband pfälzischer Industrieller auch heute seine unverbrüchliche Treue zu des Deutschen Reiches Einheit und Freiheit. Eine öffentliche Erörterung der künftigen politischen Beziehungen zwischen Bayern und der Pfalz ist zurzeit unangebracht wegen der durch sie hervorgerufenen unerwünschten Auswertung für andere Zwecke.

Frauenkongreß.

(SCB.) Der Internationale Frauenausschuß für dauernden Frieden hält in Zürich einen am 5. Mai beginnenden internationalen Frauenkongreß ab, unter der Leitung seiner Vorsitzenden, der bekannten Philanthropin Jane Addams aus Chicago. Die Frauen werden Stellung zu den Friedensverhandlungen nehmen; internationale, politische, wirtschaftliche und pädagogische Fragen stehen zur Erörterung.

Umschwung in England?

London, 12. April. Eine Ersatzwahl in Hull zeigt aufs neue, wie stark die im Dezember entstandene Koalitionsmehrheit nach links hinüberschwingt. Im Dezember hatte der Koalitionskandidat Sykes eine Mehrheit von mehr als 10 000 Stimmen, jetzt hat der Asquith-Liberale Kenworthy eine Mehrheit von etwa 1000 Stimmen über den Koalitionskandidaten. Die hier vorliegenden zahlreichen Nachrichten über die Nachwahl von Hull beweisen, welche außergewöhnliche Bedeutung man in England diesem politischen Ereignis beilegt, nachdem schon vor einigen Wochen der Regierungskandidat in West-Leyton geschlagen worden war, trotz der wilden Agitation des Führers des Seemannsbundes Havelock Wilson und Lloyd Georges. Die Bedeutung der Wahl des Obersten Kenworthy wird jedoch erst ganz klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß noch in diesen Tagen 370 Unterhausmitglieder einen Druck auf Lloyd George auszuüben versuchten, um ihn zu rücksichtsloser Erpressung der Entschädigungsforderungen an Deutschland aufzustacheln. Kenworthy erklärte: **Mein Wahlsieg bedeutet: Wenn Lloyd George den Präsidenten Wilson unterstützt und den Chauvinisten und ihren Forderungen Widerstand bietet, die einen Frieden von der alten Art verlangen, so wird Lloyd George damit wohl außerordentlich gestärkt werden.** Kennworthy ist als **entschiedener Friedenspolitiker auch ein entschlossener Gegner der Dienstpflicht**, die die Regierung bis auf weiteres als unerläßlich zur Aufrechterhaltung des Besatzungsheeres am Rhein beibehalten will. In einer weiteren Rede auf dem Bankett zu Ehren Asquiths sagte Kenworthy, er verlange, daß England mit reinen Händen aus dem Frieden hervorgehe. Der Frieden müsse Wunden schließen und nicht neue Wunden aufreißen. Jeder Egoismus Englands müsse verschwinden. Kenworthy ist auch ein Gegner der Reichsvorzugszölle und des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege. Das neugegründete Arbeiterblatt „Daily Herald", dessen Mitarbeiter Kenworthy war, ist höchst befriedigt über den Ausfall der Wahl.

„Daily News" nimmt erneut ihren Kampf gegen die Dienstpflicht auf und sagt: Sogar der große Arbeitertrust der Eisenbahner, Bergarbeiter und Transportarbeiter handle nicht gegen die Verfassung, wenn er mit Streik drohe, um die Regierung zur Abhaltung neuer Wahlen zu bringen, bevor sie ihren Dienstpflichtplan durchführe.

Der Korrespondent des „N. R. C." schreibt: Die Wahl Kenworthys habe eine große politische Bedeutung, da sie zeige, wie wenig solide in Wirklichkeit die neue Lloyd Georgesche Mehrheit der Regierungswahlen sei. Das Hinüberfluten von 11 000 Stimmen in diesem Fall sei in der Wahlgeschichte Englands unerhört. Wie heftig der Umschwung ist, werde dadurch bewiesen, daß Hull vordem niemals liberal gewählt habe, selbst nicht bei dem großen liberalen Wahlsieg 1906.

Zur Lage in Aegypten.

(WTB.) **Kairo**, 13. April. (Reuter.) Während der letzten drei Tage kam es zu ernsten Unruhen in Kairo. Der Mob richtete seine Angriffe hauptsächlich gegen die Armenier, von denen 38 getötet und 100 verwundet wurden. Die Armenier stehen jetzt unter militärischem Schutz. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Truppen und dem Mob, wobei zahlreiche Aufständische getötet und verwundet wurden. 5 britische Soldaten wurden ermordet. Auch in Alexandrien griff der Mob die Truppen an. Diese feuerten. 17 Personen wurden getötet, eine große Anzahl verwundet. Schließlich wurde die Ordnung wiederhergestellt. — Die Armenier unterstützen eben die englischen Methoden und deshalb richten sich die Angriffe der Aegypter gegen diese. Wenn ein von England unterdrücktes Volk sich gegen die Gewaltherrschaft wehrt, so hat es immer minderwertigen Charakter.

Ein Aufruf der ägyptischen Nationalisten in Bern.

(WTB.) **Bern**, 14. April. Die hier eingegangene Nachricht daß die nach Malta verschifften ägyptischen Nationalistenführer frei gelassen und zu Verhandlungen nach England eingeladen worden seien, gilt in ägyptischen Kreisen der Schweiz als ein vollständiger Rückzug Englands gegenüber der in Aegypten entstandenen und noch keineswegs überwundenen Gefahr, ebenso die Neuernennung Ruschdi Paschas, der wegen der Weigerung Englands, mit den Nationalistenführern zu verhandeln, zurückgetreten war, zum Ministerpräsidenten. Ein Aufruf des leitenden Ausschusses der ägyptischen Nationalistenpartei an die zivilisierte Welt erklärt, der Aufstand in Aegypten gerade zu einer Zeit, wo England siegreich aus dem Kriege hervorgeht, beweise, wie wenig rohe Kraft fähig sei, **ein Volk, das den Willen habe, seine ihm widerrechtlich geraubten Rechte zurückzuerobern, zu unterwerfen.** Der Aufruf wendet sich an die Liberalen, besonders in England, sie möchten dazu beitragen, daß **Aegypten seine Freiheit und Unabhängigkeit wieder erhalte.**

Unruhen in Indien.

London, 14. April. Reuter meldet: Telegramme des Vizekönigs von Indien berichten, daß am 11. April in Punjan (Fünfstromland) und in Bombay Unruhen stattgefunden haben, die auf Agitation gegen die Aufruhrgesetzesvorschläge zurückzuführen sind. In Amritger kam es zu ernsten Zusammenstößen, wobei 5 Europäer und 30 Aufrührer getötet wurden. Truppen stellten die Ordnung wieder her. In Ahmedabad steckte der Mob verschiedene Häuser in Brand. Auch dort sind einige Todesopfer zu beklagen. In Lahore schossen die Truppen auf die Menge und töteten 3 Personen. In Bombay sind gleichfalls Unruhen ausgebrochen, die durch Kavallerie unterdrückt wurden. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Aus anderen Gegenden Indiens sind keine Nachrichten über Unruhen eingetroffen.

Bolschewistische Bewegung im tschecho-slovakischen Staat.

Berlin, 15. April. Nach hier aus Prag eingetroffenen Informationen hat die bolschewistische Bewegung im tschecho-slovakischen Staat außerordentlich an Ausdehnung zugenommen. Insbesondere das Militär ist stark unter den Einfluß der revolutionären Agitation geraten, und man rechnet in allernächster Zeit mit dem Ausbruch schwerer Unruhen in Prag. Die augenblickliche Regierung ist der revolutionären Bewegung gegenüber völlig machtlos, da sie durch das Versagen des Militärs kein Machtmittel mehr in der Hand hat. Wie es heißt, hat sich die tschecho-slovakische Regierung mit dem Ersuchen um militärische Hilfe an die Entente gewandt.

Lenins Irrtum.

(WTB.) **Stockholm**, 13. April. Ueber ein Gespräch, das er vor kurzem mit Lenin hatte, berichtet unser Gewährsmann: Lenin räumte ein, daß er die Zeit bis zur Weltrevolution irrig bemessen habe. Frühestens in zehn Jahren werde sie vielleicht eintreten. Diese Wartezeit werde für Rußland zu lang. Es könne nicht länger gezögert werden, dem Zusammenbruch vorzubeugen. Zu diesem Zweck müßten schleunigst Verkehrsmöglichkeiten geschaffen und das Eisenbahnmaterial wieder instand gesetzt werden. Deutsche Ingenieure und deutsche Lokomotiven seien erwünscht.

Deutschland.

Der 1. Mai als Nationalfeiertag.

Weimar, 14. April. Zu dem Gesetzentwurf über die Festlegung des 1. Mai als nationalen Festtags wird folgende Begründung gegeben: Seit langen Jahren war die Feier des 1. Mai als eines Weltfeiertages der Arbeit von weiten Volkskreisen gefordert worden. Diese Feier war ursprünglich gedacht als eine große internationale Kundgebung für den achtstündigen Arbeitstag. Später wurde sie in immer wachsendem Maße als eine Demonstration für die Idee des Weltfriedens, der Abrüstung und der Verständigung unter den Völkern betrachtet. Es ist jetzt die Zeit gekommen, den Wünschen der Volksmassen, einmal im Jahre einen Tag feiern zu dürfen zu Ehren der großen Gedanken der Arbeiterwohlfahrt und des Völkerfriedens, gerecht zu werden. Die Hindernisse, die sich der Gewährung eines Feiertags der Arbeit früher entgegenstellten, sind beseitigt. Das Mitbestimmungsrecht des Volkes in politischer und wirtschaftlicher Beziehung ist festgelegt. In einer solchen Zeit wird sich der langjährige Wunsch des Volkes nach einem allgemeinen Feiertag am 1. Mai als an einem Tage, der mit dem Wiedererwachen der Natur symbolisch die Auferstehung des Menschen aus den Banden langer Qual und Sorge andeutet, mit elementarer Kraft geltend machen. Die Forderung, um deren Willen die Maifeier ursprünglich beschlossen war, die Einführung des Achtstundentags, ist durch den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 innerhalb des Deutschen Reiches mit dem 1. Januar 1919 erreicht worden. Von jetzt an wird die Maifeier vor allen Dingen gelten als eine machtvolle Demonstration aller Kreise der Bevölkerung für die Ideen des Weltfriedens, der Abrüstung und des Bundes gleichberechtigter Völker. Geboren aus den Nöten und aus den stürmischen Wünschen dieser schweren Zeit, soll der von der Republik Deutsches Reich jetzt einzuführende Weltfeiertag der Arbeit ein Signal sein für alle Völker, ihre Aufwärtsbewegung lediglich zu suchen auf den Bahnen fortschreitender Kultur und Gesittung. — In der heute morgen abgehaltenen interfraktionellen Besprechung wurde im wesentlichen eine Verständigung über die Maifeierfrage erzielt, und zwar dahingehend, **daß der 1. Mai in diesem Jahre als Weltfeiertag für einen gerechten Frieden festgelegt werden soll.**

Die aus Holland zu erwartenden Lebensmittel.

(WTB.) **Amsterdam**, 15. April. „Allg. Handelsbl." zufolge setzten sich die Lebensmittel, die nach der jetzt erfolgten Einwilligung der Associierten aus den Niederlanden nach Deutschland ausgeführt werden dürfen aus 2000 To. Fett, 2000 To. Speck und 1000 To. Butter, sowie 30 000 Tonnen Kartoffeln zusammen. Wegen der finanziellen Schwierigkeiten in den Ausfuhrverhandlungen zwischen Holland und Deutschland ist noch keine Uebereinstimmung erzielt worden; sie wird jedoch bald erwartet.

Schluß des Rätekongresses in Berlin.

Berlin, 14. April. In der Nachmittagssitzung des Rätekongreßes betont Schulze-Hannover, die Notwendigkeit der Sozialisierung in den Heeresbetrieben. Die Resolution Kautsky wird der Regierung überwiesen. Es folgt eine Debatte über die äußere Politik. Dabei wird die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland gefordert. Dieser Antrag wird dem Zentralrat überwiesen. Ein Antrag der beiden sozialistischen Fraktionen, der die bisherige äußere Politik Deutschlands verwirft, wird angenommen. Hierauf nimmt der Kongreß die Wahl des Zentralrats vor. Ein Antrag, der den Zentralrat als die höchste Instanz aller deutschen Arbeiter- und Bauernräte erklärt und seine Mitgliederzahl auf 28 festsetzt, wird einstimmig angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen auf paritätische Zusammensetzung des Zentralrats wird abgelehnt. Die Unabhängigen verweigern daraufhin die Mitarbeit im Zentralrat. Der Zentralrat wird daher zunächst aus 21 Mitgliedern bestehen; 16 Mehrheitssozialisten, 2 Angehörigen der Soldatenfraktion, einem Demokrat, einem Bauernbündler und einem Vertreter der christlichen Gewerkschaften. 7 Sitze werden den Unabhängigen offen gehalten. Dann erfolgt noch die Wahl von 9 Mitgliedern zum provisorischen Reichssoldatenrat. Gegen 8 Uhr wird der Kongreß geschlossen.

Das Gesetz über Betriebsräte fertiggestellt.

Berlin, 16. April. Wie der „Vorwärts" hört, ist das Gesetz über die Betriebsräte so gut wie fertiggestellt, sodaß es voraussichtlich nach den Osterferien bereits der Nationalversammlung vorgelegt werden kann.

Zur Lage im Reich. — Eine Osterbotschaft der Reichsregierung. — Die Friedensaussichten.

In München herrscht die Räteregierung noch unentwegt. Die Meldung, sie sei am Samstag gestürzt worden, geschah auf Grund eines Ueberrumpelungsmanövers seitens der Mehrheitssozialisten, die die Führer Mühsam und Toller verhafteten, und außerhalb Münchens brachten. Die Spartakisten haben aber die Gewalt wieder an sich gerissen, da entgegen andern Nachrichten große Teile der Garnison München übergegangen sind, und sich die Arbeitslosen zu roten Gardisten haben anwerben lassen. Selbstverständlich werden sie auch von lichtscheuen Elementen der Großstadt unterstützt, die in dem Wirrwarr ihre Geschäfte zu machen versuchen. Die Räteregierung will die gesamte ihr ergebene Arbeiterschaft bewaffnen, um so die Macht aufrecht erhalten zu können. Es finden schwere Kämpfe zwischen den Spartakisten und den Regierungstruppen statt. Namentlich um den Hauptbahnhof wird heftig gekämpft. Der Zentralrat der Räteregierung erläßt einen Aufruf um den andern, um die Proletarier gegen die rechtmäßige Regierung in Harnisch zu bringen. Es wird die klare Diktatur des Proletariats verlangt, und der Generalstreik, bis die Mitglieder des Zentralrats, die am Samstag festgenommen wurden, befreit sind. Von Seiten der augenblicklichen Machthaber wurden Massenverhaftungen von Teilnehmern an den von der Regierung Hoffmann veranlaßten Aktionen vorgenommen. Es hat den Anschein, als soll es auch in München erst zu schwerem Bruderkrieg kommen, ehe dort Ruhe einkehrt. Daß diese Diktator einiger russischen Agenten nicht von Bestand sein kann, können sich diese Herrschaften doch denken. Seit gestern morgen befinden sich große bayerische Truppenmassen mit Artillerie und Minenwerfern auf dem Weg nach der bayrischen Hauptstadt. Es werden um ganz München genügend Truppen zusammengezogen werden, um die Sicherheit für einen durchschlagenden Erfolg zu gewährleisten. Auch sonst im Reich sind die Kommunisten wacker an der Arbeit. In **Hamburg** suchten sie sich gestern des Bahnhofs zu bemächtigen. Mehr als 1000 Personen stürmten das Rathaus und den Ratskeller, trieben aus letzterem die Gäste und plünderten. In **Braunschweig** hat der revolutionäre Aktionsausschuß beschlossen, den Streik abzubrechen, wenn die Beamten den Dienst wieder aufnehmen und die Arbeitgeber sich bereit erklären, die Streiktage zu bezahlen und von Maßregelungen abzusehen. Diese Bedingungen haben die Beamten und Arbeitgeber abgelehnt. Der Generalstreik der Berliner Angestellten soll heute erklärt werden, wenn die Arbeitgeber nicht nachgeben. Der Reichspräsident **Ebert** empfing einen Vertreter der streikenden Berliner Bankbeamten, dem er erklärte, daß der Widerstand der Bankleitungen gegen das geforderte Mitbestimmungsrecht der Angestellten zwar psychologisch verständlich sei, aber er könne nicht aufrecht erhalten werden, denn der alte Herrenstandpunkt des Unternehmertums müsse endgültig zu Grabe getragen werden. Die Volksregierung habe volle Sympathie für die Forderung der Angestellten, und habe auch schon (in dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte) zum Ausdruck gebracht, daß sie den Bankbeamten das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses zugestehen wolle. Es könnten höchstens noch Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg bestehen.

Der Reichspräsident hat eine Osterbotschaft an das deutsche Volk erlassen, in der er auf die wirtschaftlichen Kämpfe im deutschen Reich hinweist, die unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten drohen. Das neue Deutschland solle zum sozialen Volksstaat organisch aufgebaut werden, aber der neue Staat könne nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre, denn die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren. Selbstverständlich werde sich die Regierung immer für berechtigte wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten einsetzen, aber sinnlose politische Streiks setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel, und müssen zur Verelendung führen.

Auch bezüglich der Friedensfrage enthält die Osterbotschaft beachtenswerte Ausführungen. Die Regierung erklärt darin, daß sie nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimme, und jeden Vertrag ablehne, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes preisgebe. Aber diese Aufgabe der Verständigung sei schwer, solange diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch vom Gefühl des Völkerhasses und der Rasse beherrschen lassen, und durch Hunger, Blockade und drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben. Das deutsche Volk und die Regierung habe alles getan, um bei unsern Feinden den Friedensschluß zu erreichen. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für unser Volk, das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, falle auf unsere Gegner. Das möchten sie sich in 12. Stunde noch gesagt sein lassen.

Wir werden bald erfahren, ob die Alliierten sich ihrer Verantwortung bewußt geworden sind, denn Wilson hat im Namen des Viererrats, der die ganze Welt verteilt, erklärt, daß angesichts der Tatsache, daß die mit Deutschland zu regelnden Fragen ihrer Lösung entgegengehen, vom Rat der Vier beschlossen worden sei, die deutschen Bevollmächtigten einzuladen, am 25. April mit den Alliierten in Versailles zusammenzukommen. Es sollen dabei nur die Fragen behandelt werden, die Deutschlands Grenzen anbelangen. Ueber die militärischen Bedingungen soll keine Diskussion zugelassen werden. Bei der sonstigen Verteilung der Welt hat Deutschland selbstverständlich nichts mitzusprechen. Was die Welt von dem kommenden Frieden hält, geht aus dem Funkspruch des allgemeinen französischen Arbeiterverbandes hervor, der in Paris Plakate angeschlagen hat, in denen gegen den Völkerbundsentwurf Stellung genommen wird, der als Sabotage gegen den Frieden der Gerechtigkeit bezeichnet wird. Jede Nation habe allein die Macht, ihre Gesetze zu bilden, und das unantastbare Recht, sie zu ändern. Die Absicht, dieses Recht mit Gewalt einem freien Volke zu nehmen, bedeute, Feind der Menschheit zu werden. Der Rat der Vier ist aber auf dem besten Wege, sich diesen Ehrentitel zu erwerben. O. S.

Die Unruhen im Reich.

Der Umsturzplan der Spartakisten.

Berlin, 13. April. Ein Mitarbeiter des „Lokalanzeigers" erfährt zu den Dresdener Vorgängen, daß es sich hier um einen wohl vorbereiteten kommunistischen Anschlag handelt. Der Plan der Spartakisten, der der Regierung in die Hände gefallen ist, ging dahin, die Umsturzbewegung vom Ruhrrevier über Hannover und Magdeburg nach Sachsen zu tragen, um dann in Berlin zu dem großen Schlage auszuholen, der mit dem Sturz der Regierung enden sollte. In Leipzig ist inzwischen die Zentrale der Kommunisten aufgedeckt und die erste Nummer der dort gedruckten „Roten Fahne" beschlagnahmt worden, so daß den Kommunisten ein weiterer großer Schlag versetzt worden ist. Immerhin wird man mit weiteren Wühlversuchen, die sich in Streiks zeigen werden, rechnen müssen. Mit dem Minister Neuring soll auch dessen Sekretär, ein Herr Albert, getötet worden sein.

Kommunistische Agitation für einen neuen Generalstreik.

Berlin, 13. April. Wie der „Vorwärts" mitteilt, agitieren die Kommunisten in den Betrieben für einen neuen Generalstreik in Berlin und im ganzen Reiche, der ursprünglich in den nächsten Tagen einsetzen, nun aber auf die ersten Maitage verschoben sei, dann aber mit allen Mitteln bis zur Diktatur des Proletariats fortgeführt werden solle. Es würden alle mit dem schärfsten Boykott bedroht, die sich ihm jetzt nicht anschließen.

Ein Aufruf der rechtmäßigen Regierung in Bayern.

Bamberg, 14. April. Die Regierung Hoffmann erläßt folgenden Aufruf an das Volk: Bayern! Volksgenossen! Unser Land ist in schwerster Gefahr. Eine kleine Schar nur auf Zerstörung bedachter landfremder Phantasten will unser Volk in den gewaltigsten Bürgerkrieg stürzen. Gewissenlos nützen sie unsere durch Lebensmittelnot und Arbeitslosigkeit erregte Bevölkerung zu ihren verbrecherischen Zwecken aus. Durch die Schuld der Kommunisten ist in München schon Blut geflossen. Sie organisierten die „Rote Armee" nach russischem Muster wieder die sozialistische Regierung und die Volkswehr. Die Gefahr ist groß. Noch gelingt es den Truppen in München mit heroischem Mut den Angriffen Stand zu halten. Jetzt brauchen sie Hilfe. Der gerechte Zorn des Volkes muß eine Macht schaffen, die den Verbrechern und Wahnsinnigen Halt gebietet. Die sozialistische Regierung lehnt es mit Rücksicht auf die unschuldigen Frauen, Kinder und Greise ab, die terroristischen Gewalthaber durch Lebensmittelsperre zu bezwingen. Eins nur kann helfen: Arbeiter, Frauen, Bürger erhebt Euch wie ein Mann. In überwältigenden Kundgebungen habt Ihr Euch zu uns bekannt. Wir rufen Euch. Eilt herbei zum Schutz des Landes und der Frauen. Unsere Geduld ist zu Ende. Es muß endlich reiner Tisch gemacht werden. Arbeiter, Frauen, Bürger, sichert die Früchte der Revolution, rettet Sozialismus und Demokratie! Keine Weiße Garde — eine wahre Volkswehr soll gebildet werden. Freiwillige vor! Eilt zu den Waffen!

Die Diktatur des Proletariats in München.

München, 15. April. Der Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte Münchens macht bekannt: Wer in Wort, Schrift oder Tat öffentlich gegen den Vollzugsrat seine Organe und seine amtlichen Anordnungen auftritt, wird unverzüglich vor ein Revolutionstribunal gestellt und sofort abgeurteilt. Weiter ist eine Bekanntmachung des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte erschienen, die besagt: „Die Bewaffnung der Arbeiter erfolgt in den Betrieben durch die Betriebsräte. In erster Linie werden die Waffenkundigen bewaffnet. Die Arbeiter müssen ihre Waffen auf dem Wege zu und von der Arbeitsstelle stets bei sich tragen.

Die Lage in Sachsen.

Dresden, 13. April. Das Gesamtministerium hat über den ganzen Freistaat Sachsen den Belagerungszustand verhängt. Die Ausführung der Kommandogewalt ist von den Ministern dem Militäroberbefehlshaber übertragen worden. Das Gesamtministerium hat zum Oberbefehlshaber Herrn Bruno Kirchhof in Dresden bestimmt, und dieser hat für die Zeit des Belagerungszustandes das Standrecht verkündet.

Berlin, 13. April. Der erste Transport der Regierungstruppen, die auf Wunsch der sächsischen Regierung als Verstärkung nach Dresden entsandt werden, ist laut „Voss. Zeitung" bereits gestern nachmittag abgegangen. Auch eine bewaffnete Motorbootsflottille ging die Elbe hinauf nach Dresden ab und traf gestern Abend dort ein.

Zur Ermordung des sächsischen Kriegsministers.

Die Ermordung des sächsischen Kriegsministers wäre nicht möglich gewesen, wenn die Truppen, die die Ordnung schützen sollten, nicht versagt hätten. Sie ließen sich aber — darunter auch ein Bataillon Grenzschutztruppen, widerstandslos entwaffnen und übergaben ihre Maschinengewehre den Spartakisten, die mit ihnen das Kriegsministerium beschossen. Ungefähr eine Viertelstunde wütete das Feuer fast ununterbrochen. Plötzlich eine Feuerpause. Eine Abteilung stürmte. Sie drang in das Gebäude ein, zerstörte die Telephonleitungen, warf die Akten auf die Straße hinunter und durchsuchte sämtliche Räume nach dem Kriegsminister Neuring, der auch schließlich angetroffen wurde. Die Aufrührer entließen sämtliche noch in den Räumen anwesenden Beamten, nahmen dagegen den Kriegsminister in ihre Mitte und führten ihn vor die Stufen des Gebäudes. Hier versuchte Kriegsminister Neuring vergeblich, vor der aufgeregten Menschenmenge das Wort zu ergreifen. Er wurde sofort niedergeschrien. Nach lebhaften Auseinandersetzungen, wobei der Kriegsminister mehrfach in der verschiedenartigsten Weise mißhandelt wurde, drängten ihn die Aufrührer nach der Friedrich-August-Brücke. Dort wurde der Kriegsminister schließlich 4 Uhr nachmittags vom dritter Neustädter Brückenpfeiler aus auf das starke Sandsteingeländer gehoben und in die hochgehende Flut hinabgestoßen. Wie der Mitarbeiter des „Dresd. Anz." berichtet, der Augenzeuge all dieser Vorgänge war, klammerte sich Minister Neuring krampfhaft an die starke Sandsteinbrüstung an, konnte sich aber nicht halten und stürzte vor den Augen vieler Tausender erregter Zuschauer in den Strom. Obgleich der Minister erheblich mißhandelt worden ist, vermochte er sich doch schwimmend im Strome zu halten. Sofort wurde aus zahlreichen Gewehren ein lebhaftes Feuer auf den mit dem Tode ringenden Kriegsminister eröffnet, bis er schließlich etwa 400 Meter unterhalb der Brücke, anscheinend doch von einer Gewehrkugel getroffen, in den Fluten versank. Der Leichnam ist vom Strome fortgetrieben worden.

Die Folgen des Streiks im Ruhrrevier.

Essen, 16. April. Entsprechend der Zunahme des Streiks ist auch in der Vorwoche die Förderung der Zechen im Ruhrrevier noch weiter zurückgegangen. Die Förderung, die bis zum Schluß der vorhergehenden Woche auf täglich 35 000 Tonnen gesunken war, betrug am 10. April nur noch 12 000 Tonnen. In normalen Kriegsmonaten bezifferte sie sich auf rund 330 000 Tonnen täglich. Abgesehen von privaten und kommunalen Betrieben steht nunmehr auch die Eisenbahn unmittelbar vor der Betriebseinstellung, denn ihre Brennstoffvorräte reichen in den meisten Bezirken nur noch für ein bis zwei Tage aus.

Bochum, 16. April. Am 14. April ist über das Vermögen der Bochumer Bergwerks-Aktiengesellschaft, der die Zeche „Präsident" gehört, das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Gesellschaft ist infolge der dauernden Streiks und der immer größer werdenden Forderungen der Bergarbeiterschaft zu so großen Verlusten gekommen, daß der Konkurs nicht abzuwenden war.

Auch die Soldaten wollen streiken.

Berlin, 14. April. Die Einführung der Friedenslöhnung für die Garnisonsoldaten hat in den Berliner Regimentern allgemeine Unzufriedenheit erregt. Die Mannschaften, ebenso wie die Unteroffiziere und Feldwebel haben erklärt, daß sie bei der allgemeinen Teuerung nicht imstande seien, mit diesen Bezügen auszukommen und haben die Soldatenräte der einzelnen Formationen veranlaßt, deswegen sofort beim Generalkommando vorstellig zu werden. Das Generalkommando, das in dieser Frage selbstverständlich nicht zuständig ist, hat den Truppenteilen zugesichert, daß es sich zwecks weiterer Besprechung sofort mit der Reichsregierung in Weimar in Verbindung setzen werde. Sollten die Forderungen der Soldaten nicht erfüllt werden können, so besteht, wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, die Absicht, in den Ausstand zu treten. Ein Teil der Mannschaften ist entschlossen, an dem nächstfälligen Termin zu kündigen, da man der Ansicht ist, daß weder das Generalkommando, noch das Kriegsministerium eine wesentliche Erhöhung der Löhne ermöglichen können.

Vor einem allgemeinen Streik der Berliner Angestellten.

Berlin, 16. April. Heute Vormittag wird voraussichtlich die Entscheidung fallen, ob es zu einem allgemeinen Streik der Berliner Angestellten kommt oder nicht. Von den Angestelltenausschüssen soll den Arbeitgebern die Forderung auf sofortige Bewilligung des Mitbestimmungsrechts vorgelegt werden. Bei Ablehnung der Forderungen soll in sofort einzuberufenden Betriebsversammlungen der Eintritt in den Streik empfohlen werden.

Die Zentralstreikleitung will, wie der „Vorwärts" schreibt, nach Möglichkeit den Verkehr in Groß-Berlin in vollem Umfang aufrecht erhalten. Die Angestellten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der Krankenhäuser haben die strikte Weisung erhalten, weiter zu arbeiten. Auch bei den Angestellten der Lebensmittelversorgung wird dahin gewirkt, daß sie ihre Tätigkeit nicht unterbrechen. Anders liegen die Verhältnisse bei den Büroangestellten der Kohlenfirmen und der amtlichen Kohlenstellen, die einen Demonstrationsstreik von zwei Tagen inszenieren wollen.

Vermischte Nachrichten.

Appell an Versailles.

Ein Franzose hat diese Sätze geschrieben, für heute und morgen, hüben und drüben:

Man kann nicht gerecht sein, wenn man nicht menschlich ist.

*

Menschlichkeit ist die erste der Tugenden.

*

Es ist gut, unbeugsam von Natur zu sein und nachgiebig aus Ueberlegung.

*

Zu strafen, wo es nicht not tut, heißt, sich an der Milde Gottes vergreifen.

*

Die Verzweiflung macht nicht nur das Maß unseres Elends voll, sondern auch das unserer Ohnmacht.

*

Was wir mit dem Namen „Friede" beehren, ist im Grunde nur ein kurzer Waffenstillstand, in dem der Schwächere auf seine Ansprüche, seien sie gerecht oder ungerecht, Verzicht leistet, bis er Gelegenheit findet, sie mit bewaffneter Hand wieder geltend zu machen.

*

Krieg ist nicht so schwer zu tragen als Knechtschaft.

Der diese Gedanken aussprach, ist Franzose und Militär, vielleicht erhöht das sein Gewicht. Sein Name Vauvenargues. Kennt ihn Herr Lloyd George? Wird Herr Clemenceau auf seine Mahnung hören?? (Frkf. Ztg.).

Habsburg wieder in der Schweiz.

Eine interessante geschichtliche Betrachtung wird in der „Frankf. Ztg." angestellt anläßlich der Niederlassung des ehemaligen Kaisers von Oesterreich in der Schweiz. Wir entnehmen derselben die nachfolgenden Ausführungen:

Der ehemalige Kaiser Karl von Oesterreich und König von Ungarn hat durch die Vermittelung Englands die Erlaubnis zum Aufenthalt in der Schweiz erhalten. Die übrigen Mitglieder des ehemaligen Erzhauses suchen um dieselbe Begünstigung nach. Wird diese erteilt, dann ist das Haus Habsburg wieder auf dem Boden, von dem einst sein Ahnherr Rudolf, „ein mächtiger Graf, bekannt durch ritterlich Walten im Schweizerland", vor 650 Jahren ausgezogen ist, um deutscher König zu werden. Im Aargau, dessen Gaugrafen einst die Habsburger Herren gewesen sind, ehe ihnen die deutsche Krone zufiel, liegen in dem Winkel zwischen Aare und Reuß die Trümmer des Schlosses Habsburg, deren Erhaltung sich der Kanton Aargau, ihr Besitzer, angelegen sein läßt. Wohnen kann Karl und seine Vettern weder dort noch auf einem der Schlösser, die einst seine Vorfahren erbaut haben, um die Schweizer zu „zwingen", aber mit wehmütigen Gedanken anschauen darf er sie und sich dabei erinnern, welch einen wundervollen Kreislauf die Geschichte seines Hauses durchlaufen hat, die vielfach die Geschichte Deutschlands und zeitweise der Welt gewesen ist.

Von dem Reiche des 5. Karl, in dessen Grenzen die Sonne nicht unterging, ist nichts übrig geblieben. Als aber jener die Krone, die ihn zu schwer drückte, freiwillig niederlegte, konnte der müde Herrscher doch wenigstens in einem Kloster seines eigenen Reiches eine Zufluchtsstätte finden. Der Letzte, der aus Habsburgs Stamm eine Krone getragen hat, wieder ein Karl, muß als ein Verbannter aus dem Lande gehen, in dem seine Familie nun seit Jahrhunderten bodenständig war, und ein unter falschem Vorwande von dem britischen Landesfeinde für ihn beschaffter Hofzug, der ihn über den Rhein in das Land der Eidgenossenschaft führte, war das letzte Ueberbleibsel der einstigen Herrlichkeit. Es ist ein dürftiger Trost für ihn, daß der einstige Selbstherrscher aller Reußen wahrscheinlich tot ist, daß Deutschlands letzter Kaiser in Holland in einer Art Gefangenschaft lebt und daß auch der letzte Bayernkönig sich auf schweizerischen Boden geflüchtet hat. Die Zeiten, da Eberhard im Barte sein Haupt konnte „kühnlich legen jedem Untertan in'n Schoß", sind sagenhaft geworden, wenn auch selbst in diesen Zeiten des lawinenhaften Thronensturzes der Schwabenkönig und sein badischer Schicksalsgefährte sich von ihren Völkern in einer Art verabschieden konnten, die noch immer an „die einstige Republik mit dem Großherzog an der Spitze" erinnerte.

Welch ein grimmiger Humor der Geschichte! Einst versuchte das Haus Oesterreich, die Freiheit der Waldstätte und ihrer Eidgenossen zu beugen und auch in diesen Gebieten seine Herrschaft aufzurichten. Das Heldenzeitalter der Schweiz wird vornehmlich gerade durch die Kämpfe mit den Oesterreichern ausgefüllt. Die wehrhafte Freiheitsliebe der Schweizer, die einem deutschen Dichter den Stoff zu einer unsterblichen Dichtung gegeben hat, ist durch die Jahrhunderte hindurch staatbildend und staaterhaltend gewesen und hat auf andere Völker aneifernd und begeisternd gewirkt. Deutschland freilich hat durch jene Kämpfe die alemannischen Bauern und Bürger verloren, wie auch später die habsburgische Hauspolitik dem deutschen Volke nicht viel anderes als Leid, Hemmung und Verluste gebracht hat. Es übte Vergeltung, indem es die Habsburger aus Deutschland hinauswies, und heute sind diese in der trüben Lage, die Tage von Morgarten, Semnach und Näfels, an denen der Morgenstern der schweizerischen Hirten und Bauern über Habsburgs adelige Ritter triumphierte und Oesterreichs Banner zu Boden sanken, als Tage des Heils preisen zu müssen. Denn wäre damals gelungen, was Habsburg wollte, wären die Schweizer Untertanen Oesterreichs geworden, so würden sie nicht heute den letzten reich- und landlosen Habsburgern ein gastliches Obdach gewähren. Da sie den heutigen österreichischen Ländern um ein halbes Jahrtausend zuvorgekommen sind, in dem sie schon damals das herrschsüchtige Geschlecht über ihre Grenzen wiesen, können sie es jetzt ohne Furcht wieder hereinlassen. So haben Habsburgs Niederlagen Habsburgs letzte Zuflucht geschaffen.

Amerikanische Kriegsmillionäre.

Der amerikanische Abgeordnete Rumey hat bei den Verhandlungen über das Kriegsgewinngesetz mitgeteilt, die Behauptung sei nicht zu kühn, daß es in Amerika jetzt 30000 Millionäre gebe, von denen 22000 ihre Millionen im Weltkrieg erworben haben. Dabei handelt es sich um Dollar-Millionäre!

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. April 1919.

Zug-Verkehr.

* Der Zug Stuttgart ab 2.03, Calw an 4.24, der nur Samstags oder an Vortagen von Feiertagen fährt, fällt morgen aus, dagegen fährt der nur Werktags verkehrende Zug Stuttgart ab 5.14, Calw an 7.16 nachmittags.

Die Württembergische Landesversammlung und die Vorgänge beim Generalstreik in Stuttgart.

Stuttgart, 15. April. Die Württemb. Landesversammlung trat heute Nachmittag zu einer nur für drei Tage berechneten Tagung zusammen. Die heutige Sitzung befaßte sich mit den bekannten Vorgängen anläßlich des Generalstreiks; die Besprechung hatte naturgemäß zahlreiche Zuhörer angelockt, obwohl die Ausgabe von Zulassungskarten sehr beschränkt war. Das Haus ist nahezu vollzählig beisammen. Nachdem Präsident Keil von der Niederlegung des Mandats von Seiten Crispins (U. S. P.) Mitteilung gemacht hatte, rechtfertigte Staatspräsident Blos in eingehenden Ausführungen das Verhalten der Regierung anläßlich des Belagerungszustandes, den diese verhängen mußte, wollte sie nicht von einer von wenigen Schreiern und Hetzern verführten Menge hinweggefegt werden. Es war eine gründliche und geschickte Abrechnung, die der Staatspräsident unter dem Beifall des ganzen Hauses mit Spartakus vornahm, der selbst sofort den Belagerungszustand erklärt, Revolutionsgerichte einsetzt, usw. wenn er zur Herrschaft gelangt. Er wies besonders auf die vergifteten Waffen hin, die Spartakus anwendet, auf die von Lenin gutgeheißene Methode der Lüge und Heuchelei, Unruhe und Verwirrung; während die Regierung Arbeit, Brot und Freiheit schaffen wolle. Namens des Zentrums billigte der Abg. Bolz das Vorgehen der Regierung vollauf; er verlangte sogar, daß sie gegen das wahnsinnige Treiben der Spartakisten noch viel entschiedener hätte auftreten sollen; er verlangte von der Regierung die Bildung einer Volkswehr und den Gebrauch der Schutzhaft; an den Kriegsminister stellte er das Verlangen, die arbeitsscheuen Soldaten aus den Kasernen herausholen zu lassen. Die Wortführerin der Unabhängigen, Frau Klara Zetkin, suchte Spartakus als das Lämmlein hinzustellen, das kein Wässerlein trüben kann, wogegen der Sozialdemokrat Mattutat auf den Unterschied hinwies, der hier zwischen den Theorien der Klara Zetkin und den praktischen Methoden der Spartakisten und Kommunisten besteht. Der Abg. Schott von der Bürgerpartei verlangte von der Regierung weniger verhandeln, aber desto mehr handeln. Auf seine Frage, warum die „Süddeutsche Zeitung" verboten bezw. unter Vorzensur gestellt worden sei, legte Justizminister v. Kiene den Standpunkt der Regierung dar, die in der damaligen kritischen Zeit jeden aufreizenden und verhetzenden Artikel verbieten mußte. Auch der Abg. Fischer (D. d. P.) begrüßte die Festigkeit der Regierung, deren Macht noch mehr geschärft werden müsse. Der Kriegsminister Hermann sprach den Hinterbliebenen der Todesopfer das Beileid der Regierung, den Sicherheitstruppen für ihren schweren Dienst den Dank aus, wobei er erwähnte, daß die Regierung in nächster Zeit vielleicht in die Lage kommen könne, einen Aufruf zu Bildung von Reservebataillonen ergehen zu lassen. Nach einer persönlichen Zuspitzung der Abg. Schott (B. P.) und Haußmann (D. d. P.), der diesem zugerufen hatte, er solle jetzt Schluß machen, konnte Präsident Keil in später Stunde — es ging bereits auf 10 Uhr und das Haus zeigte eine gähnende Leere — zusammenfassend feststellen, daß die Sprecher sämtlicher Fraktionen mit Ausnahme der äußersten Linken die Maßnahmen der Regierung, die sie zur Sicherung und Aufrechterhaltung der demokratischen Staatsordnung während des Generalstreiks getroffen hat, gebilligt haben. Auf der Tagesordnung der Sitzung am Dienstag stehen: 1. Anfrage wegen der Einreise von Kriegsteilnehmern in die Schweiz. 2. Wohnungsbürgschaftsgesetz. 3. Abänderung des Polizeistrafgesetzes.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Streik in Reutlingen.

Reutlingen, 16. April. Ein Flugblatt hat die Reutlinger Arbeiterschaft zu einer Protestversammlung auf den Karlsplatz berufen. Gefordert wurde die allgemeine Bewilligung einer Teuerungszulage von 400 ℳ für Frauen, deren Männer in Gefangenschaft geraten, gefallen oder durch den Krieg erwerbslos geworden sind, ferner von 400 ℳ für alle Verheirateten (Mann oder Frau), weiterhin 50 ℳ für jedes Kind bis zum Höchstbetrag von 150 ℳ, ferner für Ledige (männlich oder weiblich) 100 ℳ von 14—16, 150 ℳ von 16—18, 250 ℳ von 18—21, 350 ℳ von 21—24, 400 ℳ von über 24 Jahren; schließlich für Angestellte durchweg einen dreifachen Monatsgehalt. Etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen fanden sich zu der Versammlung ein, der sich um 10 Uhr eine zweite Versammlung in der Bundeshalle anschloß. Die Arbeit war in den meisten Betrieben der Metallindustrie eingestellt. In Resolutionen wurde gegen die angebliche Verschleppungstaktik der Arbeitgeber protestiert und die Wiederaufnahme der Arbeit von folgenden Forderungen abhängig gemacht: 1. Anerkennung der von den Arbeitern gewählten Vertreter, 2. sofortige Bereitwilligkeit der Arbeitgeber, in Verhandlungen einzutreten. Die ganze Bewegung ist unter Umgehung der gewerkschaftlichen Organisationen hervorgerufen und geht von der jüngsten Arbeiterschaft in der Metall-Industrie aus, die keinen Grund hat, über niedrige Löhne zu klagen.

Pforzheim, 15. April. Am gestrigen Tage wurden 35 Neuerkrankungen an Typhus gemeldet, so daß bis jetzt 2612 Fälle festgestellt wurden. Die Zahl der Toten stieg um 10 auf 220. Mit dem gestrigen Tage hat das bakteriologische Institut, das in der Gewerbeschule eingerichtet worden, seine Tätigkeit aufgenommen. Damit wird die Feststellung von Typhusbakterien wesentlich erleichtert.

Stuttgart, 14. April. Die **Versicherungsangestellten** hatten die Absicht, in eine **Lohnbewegung** einzutreten. Im Gustav Sigle-Haus fand gestern eine große von etwa 2000 Versicherungsbeamten besuchte Versammlung statt, die mit 932 gegen 342 Stimmen den Streik ablehnten und eine Entschließung faßten, worin sie zum Ausdruck brachten, daß sie von der mit den Arbeitgeberverbänden erzielten Einigung zwar nicht ganz befriedigt sind, sich aber mit den einstweilen gewährten Gehaltszulagen bis zum Inkrafttreten des Reichstarifs einverstanden erklärten.

Stuttgart, 14. April. **(Raubmord).** Gestern Vormittag wurde die in der Grabenstraße wohnhafte, **76 Jahre alte Witwe Barbara Wahl ermordet und beraubt.** Der Täter versetzte der Frau mit einem Beil wuchtige Schläge auf den Kopf, die alsbald den Tod herbeiführten. Geraubt wurden etwa 150 ℳ. Der 37 Jahre alte von Degerloch gebürtige Fuhrmann Paul Streif ist der Tat dringend verdächtig. Die Polizeidirektion hat für die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 ℳ ausgesetzt.

Katholische Gottesdienste.

Gründonnerstag, 17. April. ½9 Uhr Amt mit Kommunion, ½7 Uhr abends Andacht. **Karfreitag**, 18. April. ½10 Uhr Predigt und Gottesdienst, 4 Uhr Schluß der Betstunden, ½7 Uhr Messe. **Karsamstag**, 19. April. ½7 Uhr Weihen, ½8 Uhr Amt, ½7 Uhr abends Auferstehungsfeier. **Ostersonntag**, 20. April. 8 Uhr Frühmesse, ½10 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr nachmittags Andacht. **Ostermontag**, 21. April. 8 Uhr Frühmesse, ½10 Uhr Amt. — Beicht-Gelegenheit Mittwoch von 4 Uhr nachm. an, Gründonnerstag von 7 Uhr früh an, Karsamstag von 4 Uhr nachm. an und nach der Auferstehungsfeier, am Ostersonntag und Ostermontag je von 7 Uhr früh an.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtschultheißenamt Calw.

Aufforderung
zur Anmeldung zur Wählerliste für die Gemeinderatswahl.

Bis spätestens **26. April 1919** wollen sich beim Stadtschultheißenamt anmelden:

1. Alle Württemberger, welche in der Zeit vom 1. Januar bis 25. Mai 1919 das 20. Lebensjahr vollenden.
2. Alle bis 25. Mai 1919 über 20 Jahre alten württembergischen Staatsangehörigen, welche seit 1. Januar 1919 hier ihren **Wohnsitz** genommen haben.

Vordrucke zur Anmeldung sind auf der Stadtschultheißenamtskanzlei zu haben.

Nicht anzumelden brauchen sich diejenigen Wahlberechtigten welche bereits im Januar ds. Js. hier in die Wählerlisten für die Landes- und Reichsversammlung aufgenommen wurden.

Calw, den 9. April 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtschultheißenamt Calw.

Durch Gemeindesatzung vom 27. März 1919 wurde die

Zahl der Gemeinderatsmitglieder auf 20 festgesetzt

Diese Gemeindesatzung ist am 7. April 1919 vom Bezirksrat für vollziehbar erklärt worden und wird hiemit öffentlich bekannt gemacht.

Calw, den 14. April 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.

Die Stelle der

Leichenbesorgerin

ist sofort wieder zu besetzen. Als Belohnung sind folgende Gebühren festgesetzt: bei Beerdigungen 1. Klasse 3.50 Mk., 2. und 3. Klasse 2.50 Mk. Meldungen wollen bis spätestens Samstag, den 19. April 1919 eingereicht werden.

Calw, den 14. April 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Wildberg.

Eichen- und Nutzholz-Verkauf.

Am **Dienstag, den 22. April d. Js.** kommen aus den Stadtwaldungen Kengel, Lindhalde, Kiesgrube und Langehalde zum Verkauf:

209 Stück **Eichen** von 0,09—1,84 Fm. mit zus. 103 Fm.
14 „ **Linden** mit zus. 3,39 Fm.
7 „ **Rotbuchen** mit zus. 2,49 Fm.
5 „ **Weißbuchen** mit zus. 0,76 Fm.
3 „ **Birken und 1 Kirschbaum.**

Zusammenkunft vormittags 8 Uhr auf dem Bahnhof. Auszüge sind von Waldmeister Gärtner zu erhalten.

Stadtschultheißenamt: Mutschler.

Vanillepulver
Btl.: 10 Pfennig,
Puddingpulver, Backpulver, Natron, Mandeleſſenz, Zitroneneſſenz
Sultaninen
Spar- u. Consumverein.

Weilderstadt.

Kochherde
bestes Rastatter Fabrikat vollständig ausgemauert, sowie
Räucherapparate
sind zu haben bei
Fr. Wiedersheim, Eisenhandlung.

Käse- u. Butterformen
aus Holz
sowie **Käseformen**
aus verzinktem Weißblech, jedes Quantum preiswert sofort abzugeben.
Albert Friebel, landw. Gerät., **Ludwigsburg** Alleenst. 4

Rauch-Tabak,
garantiert rein, empfiehlt
A. Lutz, Lederstraße.

Zu vermieten ein kleineres, heizbares
Zimmer
mit Kammer.
Lederstraße 162.

Calw.

Einschränkung des Gasverbrauchs.

Infolge der andauernden Streiks in den Kohlengebieten ist nach Mitteilung der Landeskohlenstelle mit einem Stillstand in der Kohlenanlieferung zu rechnen und es kann deshalb die mit dem Eintritt wärmerer Witterung beabsichtigte Milderung der Sparmaßnahmen im Gasverbrauch vorerst nicht eintreten.

Die Gasverbraucher werden viel mehr zu größter Sparsamkeit, insbesondere im Leuchtgasverbrauch, erneut aufgefordert.

Calw, den 15. April 1919.

Städt. Gaswerk: Frey.

Calw.

Grasverkauf.

Am **Mittwoch, den 23 April 1919, vormittags ¾9 Uhr,** wird der diesjährige **Grasertrag von verschiedenen städtischen Feldwegen** im öffentlichen Aufstreich verpachtet.

Den 15. April 1919.

Stadtpflege: Frey.

Bekanntmachung.
Die Arbeitszeit auf unseren Kanzleien

ist wie folgt festgesetzt:

Vormittags von 7½ bis 12 Uhr,
Nachmittags von 1 bis 5 Uhr,
an Samstagen und vor Festtagen von 7½ bis 1 Uhr.

An letzteren Tagen sind unsere sämtlichen Kanzleien von 1 Uhr ab geschlossen.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station Station Teinach.

Pünktliches
Laufmädchen
für Vormittag gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Für die Landwirtschaft wird ein tüchtiges
Mädchen,
gesucht.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Pünktliches
Mädchen,
nicht unter 17 Jahren, für Hausarbeit gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

---

16 jähriges
Mädchen
sucht Stelle in gutem Hause.
Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Ein ordentliches
Mädchen
von 16 20 Jahren wird angenommen bei
Bäckermeister **Mößner, Pforzheim**, Altstädterstr. 7

Junges Ehepaar sucht auf 15. Mai oder 1. Juni
2—3 Zimmerwohnung.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Mädchen
gesucht zu kl. Familie (2 Pers.) Eintritt möglichst bald erwünscht.
Frau Oberstltn. **Benignus, Liebenzell** Hindenburgstr. 160 B.

Dienstbotengesuche
haben in unserem Blatte stets Erfolg, da der größte Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet.

Tägl. bis **10 M** zu verdienen. Näh. im Prosp. Joh. H. Schultz, Aressenverlag, Cöln 585.

Zuverlässiger
Kutscher,
mittlerer Jahre (nicht zu jung), hauptsächlich für Chaisenfahrten gesucht. Angebote unter Nr. 9 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Flaschner-Lehrling
gesucht.
Einen ordentlichen kräftigen Jungen nimmt in die Lehre. Angebote a. d. Geschäftsst. d Bl.

Geb. jg.
Fräulein
(Flüchtling), möchte sich gern in gebild. Familie auf dem Lande in Haus und Garten nützlich machen, ohne Vergütung, doch mit Familienanschluß.
Gefl. Angebote unter **A. Z. 100** an die Geschäftsst. d. Bl.

Emma Rapp
Karl Moersch
Verlobte
Göppingen — Station Teinach
Calw
Ostern 1919.

Holzhieb,
200—300 Ster Holz, hat sofort zu vergeben.
Holzhandlung **Maier, Dillweißenstein**, Fischerstr. 1.

Holzhauer
wollen sich melden am 18. ds. Mts. vormittags von 9 12 Uhr und nachm. von 1—3 Uhr.

Emma Öhrle
Gustav Jaus
Verlobte
Sindelfingen. Calw.
April 1919.

Achtung! Bauarbeiter Achtung!

Morgen Donnerstag, den 17. April, nachmittags 5½ Uhr, findet im „Badischen Hof" eine

Bauarbeiter-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

„Wie wahren die Bauarbeiter ihre wirtschaftlichen Interessen".

Referent: Gewerkschaftssekretär Buchmann-Pforzheim.

Bauarbeiter! Die Verhältnisse in hiesiger Gegend erfordern es, daß ihr Euch zusammenschließt, es gilt auch der Vereinigung der hiesigen Unternehmer im Baugewerbe eine Arbeiterorganisation entgegenzustellen. **Zahlreiches Erscheinen erwartet**

Der Einberufer.

Bez.-Verein für Geflügelzucht und Vogelschutz, Calw.

Am Ostermontag, nachmittags 2½ Uhr, findet im Gasthaus „z. Schwane" hier eine

außerordentliche Generalversammlung

(zugleich Frühjahrsversammlung)

statt.

Tagesordnung:

Satzungsänderung, Verlosung v. Gutscheinen, Sonstiges.

Wir laden unsere Mitglieder zu recht zahlreichem Besuche freundlichst ein.

Der Ausschuß.

Vorläufig wird kein Kundenholz mehr zum schneiden angenommen.
Heinr. Widmaier, Teinach Sägewerk.

Steckzwiebel,
sowie alle Sorten
Gartensamen
empfiehlt
Röhm-Dalcolmo, Marktplatz.

Oberhaugstett.

1 eichen Stock
hat zu verkaufen, 84 cm breit, 80 cm hoch, für Schmid oder Metzger geeignet.
G. Rentschler, Wagner.

Bettfedern und Flaum
sowie schöne neue
Betten
empfehlen
Franz und Frida Mann.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Liebenzell, den 15. April 1919.

Das Los ist mir gefallen
aufs Liebliche; mir ist ein
schön Erbteil worden.
Ps. 16, 6.

Es hat Gott gefallen, meinen geliebten Mann, unseren Vater und Großvater

Theodor Schoppe

im fast vollendetem 80. Lebensjahr nach kurzem Kranksein am Montag Abend ½7 Uhr, den 14. April 1919, zu sich in die Herrlichkeit zu rufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Anna Schoppe,
Karl Schoppe, Missionar, China,
Johanna Schoppe, geb. Arndtz, China,
Heinrich Kaul, Missionsprediger, Liebenzell
und zwei Enkelkinder.

Die Beerdigung findet statt Donnerstag, den 17. April 1919, Nachmittag 5 Uhr, vom Trauerhause Hindenburgstraße.

Bad Liebenzell, den 15. April 1919.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Schwiegermutter u. Großmutter, sprechen den innigsten Dank aus

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Paul Höfer mit Familie, Unteres Bad, Liebenzell.

Nagold.

Hausbacköfen
Herdbacköfen
Fleischräucher
Zentrifugen

in verschiedenen Größen, zu mäßigen Preisen empfiehlt

Johs. Werner, Vorstadt.

Färbe zu Hause
mit Stoffarben.
Ritter-Drogerie
Calw.

Waldsägen, Axte, Beile, Breitbeile,

Lottärte, Mörschel, Scheiben, Holzhapen, Räppeleisen, Rindenschälbeile

in Ia. Qualitäten, stets große Auswahl

Emil Retter, Weilderstadt.

Hirsau, den 15. April 1919.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt teilen wir Freunden und Bekannten mit, daß unsere liebe Schwester

Karoline Klemm

nach schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Geschwister
der Bruder **Karl Klemm.**

Beerdigung Karfreitag nachmittag 2 Uhr.

Liebenzell, den 15. April 1919.

Todes-Anzeige.

Schmerzerfüllt mache ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber unvergeßlicher Gatte, unser Vater, Bruder, Sohn, Schwager und Schwiegersohn

Konrad Schanz,
Eisenbahnhilfswärter,

nach langem schweren Leiden im Alter von 45 Jahren durch einen sanften Tod erlöst wurde.

In tiefer Trauer:
Berta Schanz, geb. Güttinger, **mit ihren 5 Kindern.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 17. April, nachmittags 4 Uhr statt.

Parkett-
Linoleumwichse, Fußboden-Oel, Stahlspähne,
empfiehlt
Ch. Schlatterer.

Vorhangstoffe und Brise Bise, Damenblusen
bei Oesterlin, Hirsau.

Feinste Parkett-
Linoleumwichse Marke „Biene"
in weiß und gelb empfiehlt
R. Hauber.

Junges frisches
Pferdefleisch
ist von morgen, Donnerstag ab zu haben bei
Metzger **Gackenheimer**, Hirsau.

Setze am Donnerstag mittag 5 Uhr eine zum 2. Mal, 12 Wochen, trächtige

Ziege

dem Verkauf aus.
Gottlieb Carle, b. d. Kirche, Wildberg.

Eine 2jährige

Ziege

verkauft. Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Stammheim.
Eine 7 Jahre alte hell-braune

Stute,

Einspänner, Baierschlag, verkauft am Gründonnerstag
Fr. Schäuble, Schmied,

Weilderstadt.

Brückenwaagen

mit und ohne Schiebgewichte, sowie sämtliche Gewichte habe stets auf Lager.

Fr. Wiedersheim, Eisenhandlung.

Entbehrlichkeitshalber sind zu verkaufen:

2 Kinderfitzwagen,
wovon der eine guterhalten u. zusammenklappbar, der andere mehr auf das Land passend;
1 hölzerne Kinderbettlade,
2 Zitherkästen,
1 Büste zum Kleidernähen.
Lederstraße 98, I. Stock.

Schuh- u. Wagen- **Fett**

in bester Qualität ist eingetroffen und empfiehlt

R. Hauber.

Altburg.

1 Kluckhenne

mit 8 Jungen, sowie eine **Partie Bohnenstangen** verkauft

Philipp Pfrommer.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von Krankheiten der Schweine, spec. Krampf und Rotlauf, zur Aufzucht und Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte

Hirsch-Universal-Komposition.

Niederlage in der
Neuen Apotheke Calw.

Reutlingen, den 15. April 1919.

Am Montag Abend entschlief unser lieber Vetter

Gustav Leonhardt
Rentner

im Alter von 59 Jahren, nach kurzem schwerem Leiden. Dies teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten an Stelle besonderer Anzeige mit.

Die trauernden Verwandten.

Die Einäscherung findet am Gründonnerstag, vormittags 10½ Uhr in der Leichenhalle statt.

Spar- u. Consumverein Calw u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Unsere Mitglieder wollen ihren Bedarf in

Brennmaterialien

auf den in den Verkaufsstellen erhältlichen „Bestellkarten" aufgeben.
Vorstand.

Empfehle folgende Waren:

Backpulver, Pfeffer, Zimmt, Piment, Nelken, Muskatnüsse, Vanillezucker, Husten- und Malzbonbons, Pfefferminzbonbons, Nähfaden, Samtbänder, Hosenträger, Joppen u. Hosen, Trikothemden, Kinderkleider, Unterhosen, weiße Leinenhemden, Peitschenriemen, Treibschnüre, Kaffeemehl, Seifenpulver, Seife, Leder- u. Wagenfett, Schuhcreme, Schmierseife, Gabeln und Sensen, Futterkalk M. B, Vieh- und Speisesalz, Besenlitzen, Zigarren und Zigaretten, Kleider- und Wichsebürsten, Anstreichbürsten, Schültertafeln, Metallputz, kalten Leim.

Sämtliche **Waren ohne Marken!**

Fr. Volz, Handlung, Oberreichenbach.

Hirsau.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am **Dienstag**, den 22. **April**, **vormittags 9 Uhr** und fortgesetzt am Mittag im Hause des Fräulein Mayer im Klosterhof gegen Barzahlung:

etwas Porzellan und Glas, 5 vollständige Betten, 4 Sofa, darunter ein Schlafsofa, 4 Waschtische mit Vorhängen, Kommode, 6 schöne Nachttische, 4 eintür. Kleiderkästen, verschiedene kleinere u. größere Tische, Sessel u. Stühle, Läufer, etwas ältere Leinwand, Spiegel und Bilder, 2 lange Gartenbänke und 1 Tisch, 4 Gartensessel, Züber, 1 größ. eiserner Mörser, Lampen sowie allgem. Hausrat.

Liebhaber sind eingeladen. **Stadtinventierer Kolb.**

Habe im Auftrag 2 eiser. Bettladen mit Rösten, einen 2türigen Kleiderkasten, 1 Diplomatenschreibtisch zu verkaufen der Obige.